

Wohnungsgenossenschaft kann am Nikolausberger Weg bauen

Bauausschuss stimmt einstimmig für Bebauungsplan / 81 neue Wohnungen sollen entstehen / Spiel- und Bolzplatz muss weichen

Von Michael Brakemeier

Göttingen. Das letzte Aufbäumen hat keinen Erfolg gehabt. Auch der Appell einer neuen Bürgerinitiative, den Bolz- und Spielplatz in dem von der Wohnungsgenossenschaft geplanten Neubaugebiet am Nikolausberger Weg zu erhalten und dafür auf eines der sechs geplanten Neubauten zu verzichten, blieb am Donnerstag ungehört. Einstimmig haben die Mitglieder des Bauausschusses dem Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan „Nonnenstieg Nordwest“ verabschiedet. Damit – eine abschließende Zustimmung im Rat kommende Woche vorausgesetzt – kann die Wohnungsgenossenschaft ihr Vorhaben umsetzen.

Die Göttinger Wohnungsgenossenschaft (WG) will auf einem knapp 15 000 Quadratmeter großen Gelände am oberen Nikolausberger Weg 81 Wohnungen unterschiedli-

cher Größe bauen. Geplant sind sechs neue Gebäude mit bis zu fünf Vollgeschossen sowie mit optisch auflockernden Staffelgeschossen. Drei alte Mehrfamilienhäuser mit insgesamt zwölf Wohnungen und 30 Garagen auf dem großzügigen Gelände sollen im Gegenzug abgerissen werden. Der große und von vielen alten Bäumen beschattete Spiel- und Bolzplatz soll überbaut werden. Stattdessen ist an anderer Stelle innerhalb des neuen Wohngebietes ein neuer, kleinerer Spielplatz geplant.

Drei Träger öffentlicher Belange und 28 Anwohner hatten im Zuge der öffentlichen Auslegung ihre Bedenken und Anregungen zu dem Projekt schriftlich eingereicht. „Den Bedenken und Anregungen wird den dargelegten Gründen entsprechend nicht gefolgt“, lautet beim Großteil die Antwort der Verwaltung.



Einer der Siegerentwürfe: Arbeit des Büros Gerber Architekten aus Dortmund.
FOTO: GERBER ARCHITEKTEN

Ein letztes Mal appellierte Bernd Graubner von der Bürgerinitiative „Rettet den Spielplatz“ an die Wohnungsgenossenschaft, den Spielplatz zu erhalten. Sie sei-

en nicht gegen die Neubauten, sie wollen nur den aus ihrer Beobachtung viel genutzten Platz im Viertel erhalten. Graubner räumte allerdings auch ein, sich zu spät in die Planungen und Diskussionen eingeschaltet zu haben. Er sei aber enttäuscht, wie mit den Einwänden der Bürger umgegangen worden sei. Der Rechtsanwalt der Bürgerinitiative, Robert Lallmann, bemängelte, dass deren Belange nicht hinreichend von der Verwaltung berücksichtigt worden sind. Die Bürger seien übergangen worden. Er appellierte an die Beteiligten, sich mit Alternativen auseinanderzusetzen. Andernfalls, so seine Warnung, lande der Fall vor dem peniblen Oberverwaltungsgericht in Lüneburg. Olaf Feuerstein, CDU-Fraktionsvorsitzender, nannte diese Äußerung Lallmanns „sehr unglücklich“, die „man auch falsch verstehen“ könne.

Genossenschaftsgeschäftsführer Henning Schreiber mutmaßte, dass die angestrebte Rettung des Spielplatzes reine Alibifunktion hätte. Stattdessen gehe es der Bürgerinitiative darum, zu verhindern, dass die Neubauten zu nah an die bestehenden Gebäude an der Ludwig-Beck-Straße rückten. Die Planungen sehen einen Abstand von 19 Metern zwischen Neu- und Altbauten vor.

Das Schlusswort in der Debatte hatte der Vorsitzende des Bauausschusses, Hans Otto Arnold (CDU): „Es gab bisher kein Bauvorhaben, bei dem die Bürgerbeteiligung so vorteilhaft war wie hier.“ Die Wohnungsgenossenschaft habe damit „vorbildlich und beispielhaft“ Maßstäbe gesetzt. Durch die Arbeit von Jury und die Bürgerbeteiligung sei ein „guter und tragfähiger“ Kompromiss erarbeitet worden.